

Koalitionsverhandlungen am Scheideweg: Bürger sind skeptisch!

CDU, CSU und SPD verhandeln in Berlin über eine schwarz-rote Koalition. Bürger zeigen geringe Erwartungen an die Regierung.

Berlin, Deutschland - In Deutschland verhandeln die CDU/CSU und die SPD seit mehreren Wochen über ein mögliches schwarz-rotes Regierungsbündnis. Angesichts so drängender internationaler Herausforderungen wie dem Ukraine-Krieg und der geopolitischen Aggression Russlands ist der Druck auf die Verhandler hoch. Auch die USA unter dem unberechenbaren Präsidenten Donald Trump tragen zur Unsicherheit bei. Unterdessen ist die deutsche Wirtschaft stark angeschlagen, was sich beispielsweise im drohenden Aus für das zweitgrößte Stahlwerk in Duisburg widerspiegelt. Laut einer aktuellen Umfrage haben die Bürger nur geringe Erwartungen an die kommende Koalition, wie [op-online.de](https://www.op-online.de) berichtet.

Die Koalitionsverhandlungen befinden sich in der Schlussrunde, mit Hauptverhandlern wie Friedrich Merz (CDU), Markus Söder (CSU), Saskia Esken und Lars Klingbeil (SPD). Eine INSA-Umfrage zeigt, dass 33 bis 41 Prozent der Befragten von einer Verschlechterung in wichtigen Politikfeldern wie Zuwanderung, Wirtschaft und Klimaschutz ausgehen. Besonders skeptisch sind die Bürger bei den Themen Migration (41 Prozent) und soziale Sicherheit (40 Prozent). Lediglich 18 Prozent erwarten eine positive Entwicklung in der sozialen Sicherheit, während 22 Prozent bei der Zuwanderung optimistisch sind.

Koalitionsverhandlungen und

Sondierungspapier

Die Verhandlungen sind zäh und sollen schnell zu Ergebnissen führen, da die Union und die SPD eine rasche Regierungsbildung anstreben. CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann betonte, dass insgesamt 256 Verhandler über den Koalitionsvertrag beraten. Das Sondierungspapier wurde 13 Tage nach der Bundestagswahl am 8. März vorgelegt. Es war ursprünglich geplant, das Regierungsbündnis zu Ostern zu präsentieren, doch die Fortschritte sind aufgrund strittiger Themen unklar. Zu den wichtigsten Streitpunkten zählen die Wehrpflicht versus freiwilliger Wehrdienst und die Migrationspolitik. Beispielsweise wird eine Einigung über die Abweisung von Asylsuchenden an den Grenzen gefordert, was strittig ist, und CDU-Vizechef Jens Spahn deutet die Maßnahme möglicherweise als Möglichkeit zur Rückweisung auch gegen den Willen europäischer Partner an.

Im Sondierungspapier wird zudem festgelegt, dass Bürgergeldleistungen gestrichen werden, wenn Bezieher zumutbare Arbeit verweigern. Ein weiterer zentraler Punkt ist die Mütterrente, die künftig für alle gelten soll, unabhängig von Erziehungszeiten vor 1992. Allerdings bleiben viele Themen im Sondierungspapier vage, unter anderem Klimaschutz, Pflege und Inklusion. Saarland-Ministerpräsident Tobias Hans (CDU) hat bereits die Notwendigkeit einer Migrationswende betont und fordert Lösungen, die sowohl den Wählern als auch den aktuellen Herausforderungen gerecht werden. Laut Berichten von [tagesschau.de](https://www.tagesschau.de) ist noch keine endgültige Einigung auf die Anzahl und Besetzung der 16 geplanten Arbeitsgruppen erzielt worden.

Herausforderungen und Erwartungen der Bürger

Die Herausforderungen für die neue Koalition sind enorm. Die Union und die SPD müssen nicht nur ihre unterschiedlichen Ansichten in zentralen Themenbereichen wie Migration, Steuern

und Rente koordinieren, sondern auch die ernsthaften Bedenken der Bevölkerung ernst nehmen. Viele Bürger haben bereits signalisiert, dass sie im Hinblick auf die Regierungsbildung skeptisch sind. Diese Skepsis wird auch von **spiegel.de** als bedeutender Konfliktbereich angesehen.

Insgesamt bleibt abzuwarten, ob die Koalitionsverhandlungen zu den erhofften Ergebnissen führen werden und ob es der Union und der SPD gelingt, die Erwartungen der Bürger zu erfüllen, während sie sich den dringenden Herausforderungen im In- und Ausland stellen.

Details	
Vorfall	Sonstiges
Ort	Berlin, Deutschland
Quellen	• www.op-online.de • www.tagesschau.de • www.spiegel.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de